

100 Tage neue Mehrheiten im Erftkreis - eine erste, ernüchternde Bilanz

Die Kommunalwahlen am 12. und 26. September 1999 haben im Erftkreis und in den Städten und Gemeinden des Kreises neue Mehrheiten in den Kommunalparlamenten, in den meisten Kommunen auch neue Persönlichkeiten an die Spitzen der Verwaltungen gebracht.

Die SPD ist überall in die Opposition verwiesen worden. Wir haben diese Rolle angenommen, die Ergebnisse der Wahlen analysiert und uns neu formiert. Das heißt nicht, daß wir uns nur mit uns selbst beschäftigt hätten. Aber es ist guter Brauch, neuen Amtsinhabern 100 Tage Zeit zu lassen, sich umzusehen und einzuarbeiten.

Diese 100 Tage sind nun vorüber. Heute ist es gestattet, eine erste, vorsichtige Bilanz zu ziehen. Vorsichtig deshalb, weil, um es gleich vorweg zu sagen, noch nicht viel Entscheidendes passiert ist. Dies wird offenkundig für die Zeit nach der Landtagswahl am 14. Mai dieses Jahres aufgehoben, wo man dann glaubt, mit einer offenbar schon sicher einkalkulierten Mehrheit im Lande im Rücken dann forscher auftreten zu können. Diese Rechnung wird nicht aufgehen, deshalb bilanzieren wir schon heute, vielleicht wird dann noch mancher Mißgriff verhütet.

1. Erkenntnis: Opponieren ist leichter als regieren!

Die neuen Mehrheiten waren auf ihren Erfolg nicht vorbereitet. Statt konkreter Konzepte versuchten sie es zunächst mit einer Offensive des Charmes. Doch kleine Pannen trübten das Bild.

So konnte man in Kerpen mit der Anschaffung eines neuen Dienstwagens das übliche Verfahren nicht mehr abwarten. In Frechen setzte man sich bei der Besetzung des Jugendhilfeausschusses über den Vorschlag der Wohlfahrtsverbände und des Stadtjugendrings hinweg und wollte eigene Parteigänger ins Spiel bringen. Erst eine Beanstandung des Bürgermeisters mußte die Dinge nach massivem Protest wieder ins Lot rücken. Dafür gelang es dann wenigstens eine eigene Parteifreundin im Aufsichtsrat der REVG zu plazieren, einer Gesellschaft, die immerhin Millionenverluste bewältigen muß. Daß der eigentlich dafür vorgesehene, vom Hauptausschuß bereits vorgeschlagene, parteilose Verwaltungs- und Verkehrsfachmann erst über Dritte erfuhr, daß ihm eine verdiente CDU-Hausfrau vorgezogen wurde, störte nur am Rande.

Da ändert schon einmal der Bürgermeister die Verkehrsführung der Hauptstraße, ohne sich um das vom Rat beschlossene Verkehrskonzept und die Beschlußlage des Fachausschusses zu scheren. Auch zur Änderung des Geschäftskreises der Beigeordneten braucht er keinen Stadtrat, obwohl dem dies an sich vorbehalten ist.

Der Stadtrat hat ohnehin anderes zu tun. Eine absolute CDU-Mehrheit schafft zunächst den eigenständigen Umweltausschuß ab. Daß man den Umweltverbänden vor der Wahl versprochen hat, sich für ihre Belange einzusetzen, der Ausschuß von eigenen Parteifreunden in Kerpen und Bergheim gerade wieder eingeführt wird, stört dabei nicht. Der dagegen eingelegte Bürgerantrag wurde als störend gar nicht erst auf die Tagesordnung des Rates genommen.

Wahlaussagen sind eben situationsbezogen. Nur so ist die Festlegung auf die ortsnahe Trasse der Ortsumgehung in Buschbell gegen öffentlich plakatierte Wahlaussagen zu verstehen.

In Hürth wurden die Mittel für die Lokale Agenda 21 und für Maßnahmen zum Stadtmarketing jeweils um Zweidrittel der vorgesehenen Beträge gekürzt, obwohl vor der Wahl - auch durch die CDU - den Betroffenen (Initiativkreis Lokale Agenda, Hürther Wirtschaft als Partner beim Stadtmarketing) die vollen Beträge in Aussicht gestellt worden waren.

Die neue Mehrheit in Hürth profilierte sich ohnehin besonders durch die großflächige Rücknahme von Tempo-30-Zonen, obwohl das Tempo-30-Konzept zuvor einstimmig beschlossen worden war, die Rückzahlung von Fördermitteln anstehen könnte und mehrere hundert Anlieger bereits in Unterschriftenaktionen protestiert haben. Hier degeneriert Verkehrspolitik nur noch zum Populismus und zur Ideologie. Unter Ideologie buchen wir auch die vorgesehene Umwandlung der Stadtwerke in eine GmbH.

2. Erkenntnis: Es wird teurer!

Obwohl die neuen Mehrheiten rechnerisch an sich ausreichend waren, sollten offenbar doch viele zufriedengestellt werden. Das ging ans Geld des Steuerzahlers.

Im Kreis werden vier stellvertretende Landräte benötigt, einzig und allein mit dem Ziel, den Koalitionspartner FDP einzubinden und mit einem Posten zu versorgen. Die jährlichen Mehrkosten belaufen sich auf etwa 25.000 DM. Hinzu kommt noch die Anhebung des Haushaltsansatzes für Repräsentation um 20.000 DM jährlich. Bei 7 Millionen DM Kreisumlage zusätzlich, die man den Kommunen des Erftkreises abknöpft, kann man es sich leisten, in solch kleinen Dingen großzügig zu sein.

In Hürth wurde für die FDP ebenfalls ein dritter Stellvertreterposten für den Bürgermeister geschaffen. dafür kürzte man hier dem Bürgermeister die Mittel für Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Verfügungsmittel. Der Bedarf ist je nach Parteizugehörigkeit offenbar sehr differenziert zu sehen.

In Wesseling muß ein dritter Stellvertreter des Bürgermeisters her, da die Mehrheitsfraktion den ersten Stellvertreter der FDP abgetreten hatte, selber aber nicht leer ausgehen wollte. Die zusätzlichen Aufwandsentschädigungen belaufen sich auf etwa 40.000 DM in der Wahlzeit. Zusätzlich legt sich Wesseling noch vier Ortsvorsteher zu, obwohl die Wege zum Rathaus in der flächenkleinsten Kommune des Erftkreises naturgemäß auch die kürzesten sind. Hier fallen auch wieder 70.000 DM zusätzliche Aufwandsentschädigungen in der Wahlperiode an.

In Kerpen wird dem Bürgermeister ein persönlicher Referent zugeordnet, eine Funktion, für die weder der bisherige Bürgermeister noch der Stadtdirektor Bedarf gesehen hatten. In Frechen wird zusätzlich ein Journalist für die Öffentlichkeitsarbeit des Bürgermeisters eingestellt. Bislang war eine halbe Kraft ausreichend. Schon die störte den damaligen Bürgermeisterkandidaten und heutigen Bürgermeister so sehr daß er mit der Aussage "Weniger Selbstdarstellung des Bürgermeisters!" nach draußen ging.

Große Veränderungen stehen offenbar auf der Dezernentenebene bevor. Im Kreis soll die Position des Sozialdezernenten nun wieder besetzt werden. Die Mehrkosten dürften über 200.000 DM betragen. In Hürth versucht man, einen anerkannten Kämmerer abzuservieren und durch einen anderen Beigeordneten zu ersetzen, der zwar kein Haushaltsfachmann, aber dafür CDU-Mitglied ist. In Bergheim sind offenbar Pläne in der Schublade, die neue Mehrheit auch auf der Beigeordnetenebene darzustellen, aber man druckst noch herum. In Kerpen hat man die Überlegungen erstmal einstampfen müssen, da man einen eigenen Mann hätte zurückstufen müssen. Dafür hat man eine neue Verwaltungsgliederung geschaffen, die zu Quasi-Dezernenten führt. Ohne Auswirkungen auf das Besoldungsgefüge wird dies auf Dauer auch nicht abgehen.

Viele müssen offenbar eingebunden, versorgt, belohnt oder richtig eingenordet werden. In dieses Bild fügt sich ein, daß auf Kreisebene für das erste Quartal dieses Jahres ein Nachtragsstellenplan angekündigt ist.

3. Erkenntnis: Direkt gewählte SPD-Bürgermeister werden zurechtgestutzt

Bei aller Vorsicht, in einem Punkt haben es die neuen Mehrheiten eilig. Sie wollen nicht mit Bürgermeistern leben, die nicht ihrer Couleur sind.

Die Reform der Kommunalverfassung ist zwar erst fünf Jahre her, damals wurde sie in den Grundzügen von beiden großen Fraktionen im Landtag getragen, sie läuft nach dieser Kommunalwahl erst richtig an, funktioniert aber so seit Jahrzehnten in anderen Bundesländern. Dennoch haben die Damen und Herren der neuen Mehrheiten die Reform wohl anderes verstanden, nämlich so, daß sie vielleicht eines Tages gegen eine SPD-Mehrheit per Urwahl Bürgermeister stellen könnten. Mit dem umgedrehten Fall,

wie wir ihn jetzt in vier Kommunen des Erftkreises haben, können sie sich offenbar nicht anfreunden. Hier gilt offenbar das Wort eines führenden CDU-Mannes am Abend der Stichwahl: Jetzt herrscht fünf Jahre Krieg!

Anders kann man es sich nicht erklären, daß massiv versucht wird, die Kompetenzen des hauptamtlichen Bürgermeisters auszuhöhlen, die nicht den neuen Mehrheiten angehören. In Bergheim ging dies soweit, daß über dreißig von der neuen Mehrheit vorgenommene Änderungen als rechtswidrig beanstandet werden mußten.

Die Vorgehensweise ist überall gleich:

- a) Zunächst wird der dem Bürgermeister vorbehaltene Katalog der Geschäfte der laufenden Verwaltung in teilweise absolut sachwidriger Weise eingeschränkt und der eigenständige Handlungsspielraum reduziert. Dazu werden auch die finanziellen Dispositionsmöglichkeiten gegen alle Entwicklungen in der modernen Verwaltungslehre zurückgefahren.
- b) Die Kompetenzen für Ernennung und Beförderung städtischer Bediensteter sollen fast lückenlos den Ratsgremien vorbehalten bleiben. Hier kann nur der Wunsch nach kompletter Politisierung der Verwaltung Pate gestanden haben.
- c) Teilweise sind massive Eingriffe in die Verwaltungsführung und die Leitung und Vorbereitung der Ratssitzungen vorgesehen. So sollen die Fraktionen am Bürgermeister vorbei Mitarbeiter zu Fraktionssitzungen heranziehen können. Die Ausschüsse sollen unter Umgehung des Bürgermeisters direkt an die Fachämter wenden können. Einfachste Verwaltungsentscheidungen sollen in einer Art kommunalem Petitionsausschuß entschieden werden. Die Kompetenzen des Bürgermeisters zur Vorbereitung und Einberufung der Sitzungen sollen weitgehend ausgehöhlt werden.

Diese Dinge sind überall noch nicht spruchreif, es laufen noch Gespräche, die wir nicht belasten wollen. Man kann nur hoffen, daß die Dinge doch noch in eine geregelte "Kohabitation" einmünden, um bewußt den Ausdruck aus dem französischen Staatsrecht zu verwenden. Sonst werden die Verwaltungsgerichte hier Klarheit schaffen müssen. Zwei Dinge darf man jedoch feststellen:

- Der Bürgermeister ist genauso wie der Rat von der Bevölkerung gewählt. Wer das Amt aushöhlen will, wendet sich gegen das Votum der Wahlbürger.
- Der Vorbehalt aller wesentlichen Entscheidungen für den Rat oder die Ausschüsse liegt nicht im Interesse der Bürger, die schnelle und unbürokratische Verwaltungsentscheidungen wollen.

Es drängt sich der schlimme Verdacht auf, daß es einigen Protagonisten der neuen Mehrheiten auch gar nicht um die Sache geht, sondern darum, die ihnen nicht genehmen Amtsinhaber zu demontieren, um sie dann durch ihnen genehme Personen zu ersetzen. Wieweit daß mit demokratischen Spielregeln zu vereinbaren ist, diese Entscheidung wird der Wähler treffen.

Dies ist der Versuch einer kurzen Bilanz. Auf manchen Feldern deuten sich verhängnisvolle Fehlentwicklungen an, vieles ist nur in Ansätzen zu erkennen. Dennoch kann man heute schon feststellen, daß Anspruch und Wirklichkeit weit auseinanderklaffen. Wahlaussagen sind zum Teil schon nach wenigen Tagen Makulatur.

Doch noch ist Kreidezeit. Vieles soll erst nach der Landtagswahl mit letzter Konsequenz umgesetzt werden, weil man erwartet, daß das politische Umfeld dann günstiger ist. Diese Situation wird nicht eintreten, daher seien die Protagonisten des neuen Kurses schon heute gewarnt.